

Wilsdruffer Tageblatt

Jahrgang 80. Nr. 98.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellungspreis 1 M. für die regelmäßige Ausgabe über deren Namen, Lieferpreis 2/3, Anzeigen 2.00 M. Die Wilsdruffer Zeitung erscheint dreimal wöchentlich. Die Abonnementspreise sind in der Zeitung zu entnehmen. Die Wilsdruffer Zeitung ist in der Reichsdruckerei Leipzig gedruckt. Die Wilsdruffer Zeitung ist in der Reichsdruckerei Leipzig gedruckt.



Verkaufspreis 1 M. für die regelmäßige Ausgabe über deren Namen, Lieferpreis 2/3, Anzeigen 2.00 M. Die Wilsdruffer Zeitung erscheint dreimal wöchentlich. Die Abonnementspreise sind in der Zeitung zu entnehmen. Die Wilsdruffer Zeitung ist in der Reichsdruckerei Leipzig gedruckt.

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reippen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 98.

Donnerstag den 28. April 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Verkauf von Leberwurst in Dosen an Kinderbewohnte, Kleinrentner usw. Freitag 8 bis 12 Uhr, Zimmer Nr. 2. Wilsdruff, am 27. April 1921.

Freitag 9-12 Uhr Verkauf von verbilligten Hafersfloccen an Kinderbewohnte usw. Zimmer Nr. 2. Wilsdruff, am 28. April 1921.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Note an Amerika, worin der Entente 200 Milliarden Goldmark angeboten werden, ist von der Reichsregierung jetzt veröffentlicht worden.
- * Bei der Volksabstimmung in Tirol wurden noch endgültiger Feststellung fast 99 Prozent aller Stimmen für Deutschland abgegeben.
- * Die Christlich-sozialistische Partei Bayerns hat ihren Anschluss an das Reichszentrum verkümmert.
- * Die Pariser Reparationskommission fordert in einer Note die Anleihe von 1 Milliarde Gold bis zum 30. April in die Reichsregierung über den Bank von Frankreich.
- * Nach einer amtlichen Meldung aus Washington werden auf Grund der deutschen Note neue Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente erwartet.

Einst und jetzt.

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns aus Berlin geschrieben:
Im Reichstage erhoben sich lebhafteste Klagen. Man empfindet eine Zurücksetzung des Reichstages, des Trägers der Volkssouveränität, in dem Verhalten der Regierung während der letzten schweren Tage. Selbst des Reichstages Auswärtiger Ausschuss, der eigens für vertrauliche Aussprachen mit den leitenden Ministern geschaffen wurde, ist nicht bemüht worden mit Mitarbeit bei den neuen deutschen Verhandlungsvorschlägen nismant den Noten an Darbietung. Von einem Tag auf den andern müssen die wohl vorbereiteten Angriffspunkte verschoben werden, und die Regierung muß es sich gefallen lassen, von ganz links und von ganz rechts unentschuldigter Mißachtung der Befassung geziehen zu werden. Sie hält still — in dem Bewußtsein, nichts als ihre Pflicht zu tun, und um der letzten Möglichkeit eines Erfolges willen auch die schlimmsten Vorwürfe ruhig hinnehmen zu müssen. Ein Opfer also ihres Pflichtgefühls — wie sie es aufstellt.
Wenn man sich diesen Zustand überdenkt, so muß man doch wohl zu dem Ergebnis kommen, daß hier wieder einmal die Dinge, die Verhältnisse stärker sind als die Menschen. Seit der Revolution haben wir schon die verschiedenartigsten Regierungen in Deutschland gehabt, revolutionäre, ganz- und halbsozialistische und bürgerliche, und keine von ihnen hat mit der sogenannten Geheimdiplomatie brechen können. Nicht aus Lust am Rätselspiel, nicht aus Überbedachtlichkeit gegenüber den Volksmassen oder Parteien; aber an diplomatischen Verhandlungen pflegen doch nun einmal mehr als zwei Interessenten beteiligt zu sein, wegen gegensätzliche Tendenzen mitzuwirken, die es auszusprechen, abzusprechen oder auszumachen gilt, da jede Regierung doch schließlich den Auftrag hat, das Wohl ihres eigenen Landes mit allen zulässigen Mitteln zu fördern. Dann muß sie aber, bis zu einem bestimmten Punkte wenigstens, unter dem Schutze des Geheimnisses operieren dürfen, weil sie sich sonst ohne weiteres ihren weniger offeneren Verhandlungsgegnern ausliefern würde. Daran wird sich, solange wir noch nicht das Paradies auf Erden haben, schwerlich etwas ändern. Es wir eine monarchische oder eine republikanische Verfassung haben, nach dem konstitutionellen oder dem parlamentarischen System regiert werden, der Wille unserer Nachbarn wird hier immer durch Tatsachen bestimmt, über die sie keine Gewalt haben und mit denen sie sich abfinden müssen, wenn anders überhaupt vernünftig gearbeitet werden soll. Sie — aber auch ihre Kritiker. Die Herren Lehrenbach und Dr. Simons stehen gewiß auf keiner Seite in dem Verdacht tyrannischer Herrschaftsgelüste; sie wurzeln im parlamentarischen System und werden die letzten sein, die zum mindesten den Regierungsparteien jede schuldige Rücksicht verweigern könnten. Wenn sie trotzdem in diesen Tagen ihren Mund nicht einmal zu vertraulichen Mitteilungen öffnen wollten, so wären sie entweder durch bindende Abmachungen mit auswärtigen Staatsmännern dazu gezwungen, oder sie wären durch böse Erfahrungen gewarnt; kann auch sein, daß sogar beide Gründe zusammengewirkt haben, um ihre unbedingte Ablehnung auch den sonst berufensten Volksvertretern gegenüber zu rechtfertigen. Das soll nicht heißen, daß sie die Kritik nicht an sich heranommen lassen wollen — aber alles zu seiner Zeit. In dem Augenblick, wo gehandelt werden muß, hat die Kritik sich zu bescheiden, zumal wenn die Männer an der Spitze der Reichsleitung aus dem Vertrauen der Volksvertreter hervorgegangen sind. Was wäre dieses Vertrauen wohl wert, wenn seine Träger sich zu jedem Einzelschritt, den sie tun wollen, erst die Erlaubnis ihrer Auftraggeber einholen müßten! Erst nachher kann und darf kritisiert, kann das Abkommen, das die Regierung herbeigeführt hat, zerrissen, können die verantwortlichen Männer vom Parlament in die Wüste geschickt werden. Anders läßt sich auswärtige Politik überhaupt nicht führen.
Das deutsche Volk ist nicht für den Parlamentarismus

erzogen worden und muß nun langsam lernen, sich seiner und seiner Einrichtungen so zu bedienen, daß daraus für das Vaterland mehr Nutzen als Schaden geschieht. Die Parteien und die Führer, die jetzt als seine Träger und Kämpfer unter uns tätig sind, haben einst fast dauernd in der Opposition gestanden und unterliegen deshalb naturgemäß der Versuchung, in früherer Kampfgewohnheit zurückzufallen, ohne sich Rechenschaft davon abzugeben, ob sie heute unter den gänzlich veränderten Verhältnissen recht daran tun, an ihnen festzuhalten oder wieder zu ihnen zurückzukehren. In dieser Beziehung bestehen zwischen einst und jetzt so grundlegende Unterschiede, daß man nicht ungefragt über sie hinweggehen kann.

Die Note an Amerika.

200 Milliarden Goldmark.

Dem Weltretirenden amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ist am 24. d. M. folgende Note übergeben worden: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat durch ihr Memorandum vom 22. April in dankenswerter Weise die Möglichkeit eröffnet, nochmals auf dem Wege von Verhandlungen das Reparationsproblem zu lösen, bevor es durch Zwangsmaßnahmen unlösbar gemacht ist. Die deutsche Regierung würdigt diesen Schritt der amerikanischen Regierung nach seiner ganzen Bedeutung. Sie hat sich bemüht, in den nachstehenden Vorschlägen das Aushere anbieten, was nach ihrer Überzeugung die deutsche Wirtschaft selbst bei günstigster Entwicklung aufzubringen vermag. Sie lautet folgendermaßen:
Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwärtigwert anzuerkennen.
Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbetrage von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen.
Hier liegt der Kernpunkt des deutschen Angebotes, das durch den weiteren Inhalt der Note ergänzt wird.

Eine internationale Anleihe.

Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form mobilisieren:
Deutschland legt sofort eine internationale Anleihe auf, deren Höhe, Zinsfuß und Amortisationsquote zu vereinbaren wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und ihr weitgehende Vergünstigungen gewähren, sie auch mit solchen Unterlagen ausstatten, daß ein möglichst großes Aufkommen erwartet werden kann. Der Ertrag dieser Anleihe wird den Alliierten zur Verfügung gestellt. Den Betrag der zu zahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent für möglich.
Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen zu lassen. Die Amortisation der Restsumme wäre zu diesem Zwecke variabel zu gestalten. Im Falle der Besserung, für die ein Indizeschema festzustellen wäre, würde sie steigen, im Falle der Verschlechterung entsprechend sinken.

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will Deutschland sich mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die dringendste Aufgabe der Reparation, weil damit am unmittelbarsten Kriegselend und Völkerverfall gemildert wird. Deutschland er bietet sich, den Wiederaufbau bestimmter Städte, Dörfer und Klöster selbst zu übernehmen oder auf jede andere den Alliierten erwünschte Weise mit seiner Arbeit, seinen Materialien und seinen Hilfsmitteln am Wiederaufbau mitzuwirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst zu tragen haben. Näheres ist hierüber in der deutschen Wiederaufbaumnote an die Reparationskommission gesagt.
Zum gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, aber den Wiederaufbau hinaus nach einem möglichst rein kaufmännischen Verfahren Sachleistungen für die geschädigten Staaten zu übernehmen.

Die erste Goldmilliarde

Um den unerkennbaren Beweis seines guten Willens zu geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission alsbald den Betrag von 1 Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen: a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen, b) 850 Millionen Goldmark in Reichsschatzwechseln, die längstens innerhalb drei Monaten in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst werden.
Falls es dem Wunsche der Vereinigten Staaten von

Amerika und der Alliierten entsprechen sollte, würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten an ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen.

Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen verhandelt wird. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit den Gesagten in einer näher zu vereinbarenden Weise aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben.

Sofortige Einstellung der Sanktionen.

Zum Schluß besagt die deutsche Note: „Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken, auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande frei.“

Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Last der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Ausgaben entlastet wird.

Diese Vorschläge sollen den festen Willen Deutschlands bezeugen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu ersehen. Sowohl die angebotenen Summen wie die Zahlungsmodalitäten richten sich nach dieser Leistungsfähigkeit. Soweit über deren Verteilung Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regierung, sie durch eine allen beteiligten Regierungen genehme Kommission anerkannter Sachverständiger prüfen zu lassen. Sie erklärt im voraus, deren gutachtliche Entscheidung als bindend anzunehmen.

Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung der Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung bitten, daß sie auf die Punkte aufmerksam gemacht wird, in denen etwa der amerikanischen Regierung eine Änderung wünschenswert erscheint. Auch würde die deutsche Regierung andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegennehmen.
Die deutsche Regierung ist zu tief davon überzeugt, daß der Frieden und die Wohlfahrt der Welt von einer schnellen, gerechten und billigen Lösung der Reparationsfrage abhängt, um nicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt werden, die Aufmerksamkeit der Alliierten Regierungen auf die Angelegenheit zu lenken.“

Deutscher Reichstag.

(98. Sitzung.)

CR. Berlin, 28. April.

Haus und Tribünen waren auch heute fast besetzt. Die meisten Mitglieder des Kabinetts, der Reichskanzler an der Spitze, waren wiederum anwesend. Die Geduld der Wartenden wurde jedoch auf eine harte Probe gestellt, weil zuerst eine große Zahl

Keiner Anträge

zur Erledigung gelangte. Unter diesen Anträgen sei die des Abg. Breunig (Unabh.) erwähnt, der sich nach dem Verbleib der 4 1/2 Millionen Reichsmark erkundigte, die von dem Reichskommissar für Fischerei dem Reichsverband für See- und Küstenschifferei zur Unterstützung der aus dem Felde heimkehrenden Seefischer übergeben worden sei. Seitens der Regierung wurde darauf erwidert, daß der Reichsverband, der erst 1920 gegründet wurde, niemals 4 1/2 Millionen für den in der Anfrage erwähnten Zweck gehabt habe. Ferner ist zu erwähnen die in 14 Unterfragen eingeleitete Anfrage des Abg. Mosenfeld (Unabh.), die sich auf den Erfolg der Münchener Reise des Reichsjustizministers Dr. Heintze wegen der Entlassung der bayerischen Einwohnervoten bezog. Ein Regierungsvertreter erklärte in seiner Antwort u. a., daß der bayerischen Regierung der Vorwurf, sie wolle die Entlassung hintertreiben, nicht gemacht werden kann. Die Meinungsverschiedenheiten über den Zeitpunkt der Entlassung würden geschlichtet werden. Hierauf setzte das Haus die Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik fort.

Dr. Simons über das deutsche Angebot.

Der Minister verlas zunächst den Wortlaut der Note an die amerikanische Regierung und ging alsdann auf die Entwicklung der Reparationsfrage ein. Die Kunst, die in London bestand, war zu groß, um noch während der dortigen Konferenz überbrückt werden zu können. Neue Verhandlungen wurden uns durch die Entente sehr erschwert. Aber es mußte ein Weg gefunden werden, um zu neuen Verhandlungen zu gelangen. Unser erster Plan, auf dem Wege der Wappenhändler den Wiederaufbau in Frankreich zu betreiben, wobei nicht allzu viele deutsche Arbeiter nach Frankreich verplant werden sollten, hat sich nicht als glatt durchführbar erwiesen. Infolgedessen werden wir andere Vorschläge unterbreiten, die sich an die